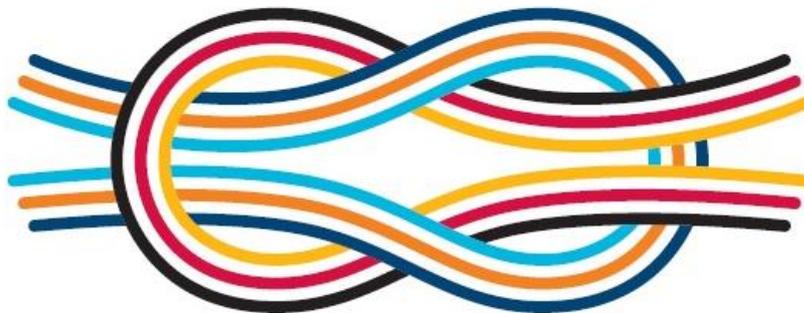


Erklärung der L20 zum G20-Gipfel in Hamburg, 7.-8. Juli 2017

Neue Regeln für eine gerechtere Weltwirtschaft



G20 GERMANY 2017

LABOUR 20 DIALOGUE

Neue Regeln für eine gerechtere Weltwirtschaft

Die Gewerkschaften der G20-Länder (L20) vertreten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der G20. Die L20 wird vom Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) und vom Gewerkschaftlichen Beratungsausschuss bei der OECD (TUAC) in enger Zusammenarbeit mit der derzeitigen gastgebenden L20-Gewerkschaft, dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), einberufen. Weitere Informationen finden sich unter www.Labour20.org.

Der G20-Gipfel in Hamburg findet nach einem Jahr des Aufbegehrens der Wählerinnen und Wähler gegen Regierungen, Institutionen und die Funktionsweise der Wirtschaftssysteme statt, vor allem gegen ein globales System, das wesentlich mehr dazu beigetragen hat, die Märkte zu liberalisieren und zu deregulieren, als dazu, die Kosten und den Nutzen der Globalisierung gerecht zu verteilen.

Diesem Aufbegehren zugrunde liegt ein doppeltes Politikversagen: zunächst das Versäumnis, für eine angemessene Erholung von der Finanzkrise zu sorgen und uns stattdessen in eine „Niedrigwachstumsfalle“ zu treiben und dann das Versäumnis, für eine gerechtere Verteilung des Nutzens der Globalisierung, der technologischen und der wirtschaftlichen Fortschritte zu sorgen. Während ein erheblicher Teil der Haushalte in G20-Ländern seit zehn Jahren oder länger mit stagnierenden oder sinkenden Realeinkommen konfrontiert ist, hat eine kleine Elite einen oftmals spektakulären Zuwachs ihrer Einkommen und Vermögen erlebt. Diese Versäumnisse haben dazu geführt, dass zahlreiche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Gemeinwesen das Nachsehen haben und sich angesichts zunehmender Unsicherheit in Bezug auf ihren Arbeitsplatz und ihre Zukunft selbst überlassen bleiben.

Die Weltweite Umfrage des IGB 2017 hat ergeben, dass 74% der Menschen besorgt über die zunehmende Ungleichheit zwischen dem reichsten Prozent und dem Rest der Bevölkerung sind, dass 73% Angst vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes haben und dass 71% der Meinung sind, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht genügend Einfluss auf die Festlegung der Regeln für die Weltwirtschaft haben.

Die Staats- und Regierungschefs der G20 müssen diese Besorgnis zur Kenntnis nehmen und darauf mit einem Politikwechsel reagieren. Um Arbeitsplätze zu schaffen und den durch Globalisierung und technologischen Wandel erzeugten Wohlstand gerechter zu verteilen, muss die G20 koordiniert vorgehen, mittels Tarifverhandlungen, Steuerumverteilung, Investitionen in Qualifizierungsmaßnahmen sowie Strategien zur Erreichung der Nachhaltigen Entwicklungsziele und der Anpassung an den Klimawandel. Vom Gipfel der G20-Staats- und Regierungschefs muss eine entschiedene Forderung nach einem Politikwechsel und verstärkter internationaler Koordination ausgehen.

Die Staats- und Regierungschefs müssen die Forderung des Treffens ihrer Arbeitsminister nach einem „integrierten Maßnahmenpaket, das die Menschen und Arbeitsplätze in den Mittelpunkt rückt“, bekräftigen und sich zu Maßnahmen für menschenwürdige Arbeit für alle entlang globaler Lieferketten, in der digitalisierten und grünen Ökonomie der Zukunft verpflichten. Vor allem müssen sie die Verpflichtung ihrer Minister zu der Gewährleistung bestätigen, „dass Verstöße gegen das Prinzip menschenwürdiger Arbeit und andere grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit nicht Teil des Wettbewerbs sein dürfen“.

Wie in unseren nachstehenden politischen Prioritäten für die G20 erläutert, appellieren wir an die Staats- und Regierungschefs, sich zu folgenden Maßnahmen zu verpflichten:

- *Finanzielle Anreize, um der Niedrigwachstumsfalle zu entkommen und einen gerechten Übergang zu einer kohlenstoffarmen und digitalisierten Wirtschaft zu ermöglichen;*
- *Arbeitsplatzqualität und Löhne als Kernstück der G20-Maßnahmen zur Auseinandersetzung mit den zunehmenden Ungleichheiten;*
- *Beseitigung des geschlechtsspezifischen Beschäftigungs- und Lohngefälles;*
- *Normensetzung für ein verantwortliches unternehmerisches Verhalten mit obligatorischer Sorgfaltspflicht für Menschenrechte in globalen Lieferketten;*
- *Für mehr Steuertransparenz sorgen;*
- *Eine gemeinsame Antwort auf die großen Flüchtlingsströme und die Integration der Migranten;*
- *Konkrete Umsetzung der Klimaverpflichtungen;*
- *Ausrichtung der G20-Maßnahmen auf die Agenda 2030;*
- *Gewährleistung einer gerechten Verteilung des aus dem technologischen Wandel resultierenden Nutzens;*
- *Förderung der Jugendbeschäftigung und Kompetenzentwicklung;*
- *Durchgängige Verankerung des sozialen Dialogs und Sicherstellung von Politikkohärenz innerhalb der G20.*

Politische Prioritäten der L20 für die G20

Finanzielle Anreize, um der Niedrigwachstumsfalle zu entkommen und einen gerechten Übergang zu einer kohlenstoffarmen und digitalisierten Wirtschaft zu ermöglichen

- Aufeinander abgestimmte öffentliche Investitionen in Infrastruktur, öffentliche Dienstleistungen und die Pflegewirtschaft als dringende Impulse für den Ausbruch aus der Niedrigwachstumsfalle vereinbaren;*
- Sicherstellen, dass sich derartige Impulse im Einklang mit der Umstellung auf eine kohlenstoffarme und zunehmend digitalisierte Wirtschaft befinden und durch internationale Zusammenarbeit zugunsten progressiver Steuerreformen untermauert werden;*
- Im Bereich der Geldpolitik eng zusammenarbeiten und die G20-Finanzreform-Agenda weiterverfolgen, um größere Verwerfungen auf den Finanzmärkten zu vermeiden.*

Arbeitsplatzqualität und Löhne als Kernstück der G20-Maßnahmen zur Auseinandersetzung mit den zunehmenden Ungleichheiten

- *Die Arbeitsplatzqualität bei sämtlichen Verfahren und Arbeitsgruppen in den Mittelpunkt der politischen Agenda der G20 rücken, um zu gewährleisten, dass Wachstumsgewinne weithin geteilt werden und sichere, gefahrenfreie Arbeitsplätze schaffen – und die Stabilitätsprinzipien der G20 an diese Ziele anpassen;*
- *Die Zusagen im Rahmen der türkischen und der chinesischen G20-Präsidentschaft bezüglich des Anteils der Arbeitseinkommen und der Prinzipien einer nachhaltigen Lohnpolitik weiterverfolgen, indem für existenzsichernde Mindestlöhne gesorgt und der Geltungsbereich von Tarifverträgen ausgeweitet wird. Bei der G20-Arbeitsministertagung wurde die Rolle von Tarifverhandlungen hervorgehoben und festgestellt, dass sie insbesondere Lohnuntergrenzen festlegen könnten, um Einkommensunterschiede zu reduzieren, Hungerlöhne auszuschließen und ein nachhaltiges Lohnwachstum zu erreichen. Die Staats- und Regierungschefs der G20 sollten diesem Beispiel folgen.*
- *Einen evidenzbasierten existenzsichernden Mindestlohn unter Berücksichtigung der Lebenshaltungskosten und Mechanismen zur Lohnfestsetzung in allen G20-Mitgliedsstaaten unter umfassender Beteiligung der Sozialpartner sicherstellen (IAO-Übereinkommen 131).*

Beseitigung des geschlechtsspezifischen Beschäftigungs- und Lohngefälles

- *Die politischen Empfehlungen der G20 zur Reduzierung des geschlechtsspezifischen Gefälles im Hinblick auf die Erwerbsbeteiligung und die Vergütung bestätigen, indem die Qualität der Arbeitsplätze von Frauen verbessert und die Rolle der Sozialpartner und von Tarifverhandlungen bei der Gewährleistung eines gleichen Lohns für gleichwertige Arbeit anerkannt wird;*
- *Das G20-Ziel für die Erwerbsbeteiligung von Frauen durch Maßnahmen im Hinblick auf Rechtsvorschriften zu gleichem Entgelt und eine wirksame Lohnpolitik, die Formalisierung der Arbeit mit existenzsichernden Mindestlöhnen und sozialem Schutz sowie den Ausbau von Tarifverhandlungen umsetzen und überwachen;*
- *In zugängliche und bezahlbare öffentliche Pflegedienste investieren, um die Erwerbsbeteiligung und gute Arbeitsbedingungen, die ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen Berufs- und Privatleben ermöglichen, zu fördern und Maßnahmen gegen berufliche und sektorspezifische Segregation ergreifen.*

Förderung der Jugendbeschäftigung und Kompetenzentwicklung

- *Einen Aktionsplan für junge Menschen entwickeln, der den Schwerpunkt auf eine aktive Arbeitsmarktpolitik legt und über die bestehende G20-Zielvorgabe für junge Menschen hinausgeht, welche nicht ausreicht, um die hohe Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung von jungen Leuten sowie die Herausforderungen für junge Menschen in informellen oder prekären Arbeitsverhältnissen zu überwinden;*
- *Auf der G20-Initiative zur Förderung qualitativ hochwertiger Ausbildungsplätze aufbauen und bewährte Verfahren und Finanzierungsmöglichkeiten zur Schaffung inklusiver und wirksamer Berufsbildungssysteme ermitteln sowie die Rolle der Sozialpartner bei der Gestaltung, Finanzierung und Bereitstellung dieser Systeme anerkennen.*

Normensetzung für ein verantwortliches unternehmerisches Verhalten mit obligatorischer Sorgfaltspflicht für Menschenrechte in globalen Lieferketten

- Die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte umsetzen, indem Nationale Aktionspläne, die die Sorgfaltspflicht garantieren, konzipiert werden und für den Zugang zu wirksamen Rechtsbehelfen gesorgt wird, einschließlich der Einrichtung Nationaler Anlaufstellen zur Umsetzung der IAO-Erklärung über multinationale Unternehmen, wie in der Erklärung der G20-Arbeitsminister gefordert;
- Sich zum Erlass innerstaatlicher Rechtsvorschriften verpflichten, die darauf abzielen, dass Menschenrechte für Unternehmen zur allgemeinen Sorgfaltspflicht gehören, und andere Initiativen zur Standardisierung der Sorgfaltspflicht fördern und unterstützen, einschließlich Internationaler Rahmenabkommen, im Einklang mit den Zusagen der G20-Arbeitsminister;
- Den OECD-Leitfaden „Due Diligence Guidance for Responsible Supply Chains in the Garment and Footwear Sector“ (Sorgfaltspflicht in Bezug auf verantwortliche Lieferketten in der Textil- und Schuhindustrie) und den in Kürze erscheinenden branchenübergreifenden OECD-Leitfaden „Due Diligence Guidance for Responsible Business Conduct“ (Sorgfaltspflicht in Bezug auf verantwortliches unternehmerisches Verhalten) in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern einhalten und fördern und einen trilateralen G20-Umsetzungsplan vereinbaren;
- Die Nationalen Kontaktstellen der G20 für die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen stärken¹, u.a. durch die Beteiligung an den Peer Reviews und die Einführung von Konsequenzen wie den Entzug von wirtschaftlicher Unterstützung für Unternehmen, die den NKS-Prozess missachten, entsprechend dem Beispiel Kanadas;
- Solide, transparente und verlässliche Beschwerdeverfahren in nicht beteiligten G20-Ländern einführen, die für alle betroffenen Gruppen zugänglich sind und die Rechte aller Akteure abdecken;
- Maßnahmen zur Verbesserung des Arbeitsschutzes entlang globaler Lieferketten ergreifen;
- Sich zu durchsetzbaren Bestimmungen zu Arbeitnehmerrechten und Arbeitsnormen sowie zur Verantwortung der Investoren in Handels- und Investitionsabkommen verpflichten, wie in der Erklärung der G20-Arbeitsminister gefordert.

Für mehr Steuertransparenz sorgen

- Eine offizielle Liste von Steueroasen anlegen, basierend auf solider Transparenz und dem Zugang zu Informationskriterien und flankiert von einem klar definierten Sanktionssystem und ggf. von Kooperationsprogrammen zur Weiterentwicklung des Aufbaus von Kapazitäten;
- Die Verpflichtung zur Entwicklung eines neuen Mechanismus für den automatischen Austausch von Informationen über den wirtschaftlichen Eigentümer bei juristischen Personen und rechtlichen Vereinbarungen einhalten;
- Einen neuen Prozess für vollständige Steuertransparenz und die öffentliche Berichterstattung multinationaler Unternehmen auf der Grundlage länderspezifischer Rahmenwerke für die Berichterstattung einleiten.

¹ Der TUAC hat einen 15-Punkte-Plan zur Stärkung der Nationalen Kontaktstellen entwickelt: http://www.tuacoecdmneguidelines.org/Docs/TUACFactSheet_NCP15Plan.pdf

Gewährleistung einer gerechten Verteilung des aus dem technologischen Wandel resultierenden Nutzens

- *Sich auf Normen und abgestimmte Maßnahmen im Zusammenhang mit der nächsten Produktionsrevolution und der digitalen Wirtschaft verständigen, einschließlich ordnungspolitischer Rahmenwerke zur Sicherstellung von Grundrechten und menschenwürdiger Arbeit. Gute Arbeitsbedingungen, sichere Arbeitsplätze und Zugang zu Sozialschutz sind notwendig, um sicherzustellen, dass die Globalisierung und die Digitalisierung im Interesse der Menschen erfolgen. Dies erfordert dreigliedrige Rahmenwerke, Tarifverträge und Konsultationen auf betrieblicher Ebene zur Gestaltung, Entwicklung und Einführung neuer Technologien, einschließlich ethischer Standards.*
- *Die Prioritäten der G20 bezüglich der Zukunft der Arbeit bestätigen, insbesondere hinsichtlich einer angemessenen sozialen Absicherung aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Achtung grundlegender Prinzipien und Rechte bei der Arbeit als Basis für sozialen Dialog und Tarifverhandlungen;*
- *Das Rahmenwerk für einen gerechten Übergang zur Digitalisierung in Kraft setzen, u.a. durch eine Garantie für lebenslanges Lernen und Weiterbildungskonten, indem sektorübergreifend für hochwertige unbefristete Arbeitsverhältnisse mit menschenwürdigen Löhnen gesorgt wird, wie in der L20/B20-Erklärung anlässlich der Tagung der Arbeits- und Beschäftigungsminister der G20 gefordert, und indem weltweit ein bezahlbarer Internetzugang gewährleistet wird;*
- *Regulatorische Herausforderungen angehen, die sich aus Geschäftsmodellen in der digitalen Wirtschaft ergeben, u.a. in Bezug auf Wettbewerb, Unternehmensführung und Besteuerung, und in der Plattform-Wirtschaft Normalarbeitsverhältnisse sowie Arbeitnehmerrechte und den Schutz der Beschäftigten gewährleisten.*

Eine gemeinsame Antwort auf die großen Flüchtlingsströme und die Integration der Migranten

- *Alle G20-Länder sollten einen ihrer Wirtschaftskraft entsprechenden Anteil an Flüchtlingen aufnehmen und die Einhaltung der Grundrechte von Migranten und Flüchtlingen sicherstellen.*
- *Die wirtschaftliche und soziale Integration von Migranten und Flüchtlingen erfordert von den Aufnahmeländern, dass sie das Recht auf Arbeit, Ausbildung und Gleichbehandlung, einschließlich der Inkraftsetzung von Anti-Diskriminierungsgesetzen, gewährleisten, im Einklang mit den auf eine faire und wirksame Integration von Migranten und Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt abzielenden „G20 Policy Practices for the Fair and Effective Labour Market Integration of Regular Migrants and Recognised Refugees“.*
- *Die Unterstützung der Flüchtlinge durch qualitativ hochwertige Bildung, Sprach-, Kompetenz- und Berufstraining sowie durch Sozialschutz und den Zugang zum öffentlichen Gesundheitswesen (einschließlich Traumaberatung) ist unverzichtbar.*
- *Von grundlegender Bedeutung sind spezifische Programme für unbegleitete Minderjährige und junge Erwachsene.*
- *Die G20 muss entschieden gegen Menschenhandel und Zwangsarbeit vorgehen. Alle G20-Mitglieder müssen insbesondere das IAO-Zwangsarbeitsprotokoll ratifizieren.*

Konkrete Umsetzung der Klimaverpflichtungen

- *Die Verpflichtungen aus dem Pariser Abkommen einhalten, um durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass das Ziel, den Temperaturanstieg durch die weltweiten Emissionen auf 2 Grad Celsius zu begrenzen, deutlich unterschritten wird, indem ihre national festgelegten Beiträge, die dieses Ziel bislang noch nicht erreichen, überprüft werden;*
- *Bei der Umsetzung der Verpflichtungen aus dem Pariser Abkommen eine Führungsrolle übernehmen, damit für Beschäftigte und die Gesellschaft ein gerechter Übergang sichergestellt werden kann. Dies erfordert die Entwicklung von Plänen auf nationaler und sektoraler Ebene auf der Grundlage des sozialen Dialogs, um Arbeitsplätze zu sichern und wehrlose Beschäftigte und Gemeinwesen zu schützen.*

Ausrichtung der G20-Maßnahmen auf die Agenda 2030

- *Den G20-Aktionsplan zur Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung umsetzen, insbesondere den Punkt „Entwicklung der Humanressourcen und Beschäftigung“ im Hinblick auf die Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDG) 1 (Armutsbekämpfung), 4 (Bildung), 5 (Geschlechtergleichstellung), 8 (Menschenwürdige Arbeit für alle), 10 (Verringerung der Ungleichheiten), 13 (Klimaschutzmaßnahmen) und 16 (Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen);*
- *Der Ausrichtung der Arbeit der G20 auf die Bemühungen um die Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele sollte Vorrang eingeräumt werden, sowohl durch eine vertiefte Zusammenarbeit über internationale Institutionen hinweg, insbesondere mit den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen, einschließlich der IAO, sowie mit den Sozialpartnern mittels eines intensiveren sozialen Dialogs, als auch durch verstärkte Bemühungen um die Formalisierung informeller und anderer prekärer Beschäftigungsformen.*
- *Den Pakt mit Afrika auf menschenwürdiger Arbeit, Nachhaltigkeit und langfristigen Zielen aufbauen und über die fünf Zielländer hinausgehen, um zum Entwicklungsprozess der Region beizutragen durch (i) eine nachhaltige Industrialisierung mit Aussicht auf eine fortlaufende Modernisierung, (ii) die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze insbesondere für junge Menschen und Frauen und (iii) die langfristige Umstrukturierung der Volkswirtschaften;*
- *Den Pakt auf die sieben Bestrebungen der AU-Agenda 2063 ausrichten, vor allem auf die folgenden drei, die der Gewerkschaftsvision für die Entwicklung Afrikas entsprechen:*
 - *Ein blühendes Afrika, basierend auf inklusivem Wachstum und einer nachhaltigen Entwicklung;*
 - *Ein Afrika, dessen Entwicklung von Menschen gesteuert wird, das auf das Potential der afrikanischen Bevölkerung vertraut, vor allem der Frauen und jungen Menschen, und sich um seine Kinder kümmert;*
 - *Afrika als starker, geeinter, stabiler und einflussreicher globaler Akteur und Partner.*

Durchgängige Verankerung des sozialen Dialogs und Sicherstellung von Politikkohärenz innerhalb der G20

- *Zur Ausrichtung eines Dreigliedrigen Gipfels vor dem Treffen der G20-Staats- und Regierungschefs im Rahmen der argentinischen Präsidentschaft aufrufen;*
- *Die Sozialpartner und auf betrieblicher Ebene die Mitbestimmungsverfahren in die Ermittlung künftiger Bedürfnisse in Bezug auf Investitionen, Beschäftigung und Qualifikationen einbinden;*
- *Wieder ein gemeinsames Treffen der Arbeits- und Finanzminister unter beratender Hinzuziehung der Sozialpartner abhalten, um für mehr Politikkohärenz zu sorgen;*
- *Die beratende Hinzuziehung der Sozialpartner bei den Treffen der Staats- und Regierungschefs der G20 beibehalten, die sich bei mehreren früheren G20-Gipfeln bewährt hat.*